

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. — Fasernstoffe und die deutschen Kolonien. — Schwere Anlagen gegen die Güter des Arbeiterschutzes. — Schmachvolle Sklaverei. — Ein kurioser Professor. — An die Frauen und Mädchen des werttätigen Volkes! — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Ueber dieses sehr zeitgemäße Thema wird auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der bekannte wirtschaftspolitische Schriftsteller Heinrich Cunow ein Referat halten. Cunow hat einen Leitfaden für sein Referat herausgegeben, der allgemeines Interesse beanspruchen kann und den wir daher auch unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen, damit sie Gelegenheit haben, sich über die im Schoße der Zukunft liegenden Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik zu informieren.

Heinrich Cunow legt folgendes dar:

Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe hat im Weltkriege eine vollständige Umschaltung erfahren. Die Zufuhr einer Reihe der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel hörte schon bald nach Kriegsbeginn auf, während zugleich die Ausfuhr deutscher Fabrikate nach dem Auslande eine starke Einschränkung erlitt. Diese Unterbrechung der Handelsverbindungen traf Deutschland um so schwerer, als es sich in den vier Jahrzehnten seit dem Deutsch-Französischen Kriege zu einem der ersten Industriestaaten der Welt entwickelt hatte und in dem Jahrhundert vor dem Kriege durchschnittlich jährlich für 4627 Millionen Mark reine Rohstoffe, ohne Halbfabrikate und für 2902 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel, ohne lebendes Vieh, aus dem Auslande bezogen hatte, dem eine Ausfuhr von ungefähr 5450 Millionen Mark fertiger Waren gegenüberstand. Zudem wurde der Produktion der verschiedenen Gewerbegebiete und der Landwirtschaft plötzlich ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen und ferner der Warenberstand infolge der Zuanpruchnahme der Eisenbahnen und sonstigen Transportmittel durch die Seeresverwaltung immer wieder gestört.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens sein; doch gelang es der Industrie, sich nach und nach den neuen Produktions- und Absatzbedingungen anzupassen, indem sie sich auf den veränderten Bedarf des Inlandsmarktes und die rasch steigenden Anforderungen der Seeresverwaltung einrichtete und die knapp werdenden Roh- und Halbstoffe, soweit möglich, durch Ersatzstoffe ergänzte: eine Anpassung, die vielfach die völlige Umänderung der Betriebs- und Arbeitsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich sah die Staatsverwaltung, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte eingzugreifen und Anleihen beim sozialistischen Organisationsprinzip zu machen: den Lebensmittel- und Rohstoffverbrauch zu rationieren sowie Reglementierungen der Warenerzeugung und des Warenhandels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist demnach eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anormale Wirtschaft: eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Kriege eine erneute Umschaltung nötig ist: Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Diese Wiederumschaltung kann nicht der privaten Initiative überlassen bleiben; denn Antrieb und Regulator der Privatwirtschaft ist der Profit, nicht der Nutzen der Gesamtgesellschaft und der großen Volksmasse. Gerade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten liegt es, daß dem Uebergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Uebergang planmäßig ohne tiefere Erschütterung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

Uebergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste die genügende Beschaffung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat Deutschlands sehr zusammengeschnitten. Ohne Rohstoffe kann aber die deutsche Industrie ihren früheren Betrieb nicht wieder aufnehmen und weder den Inlandsmarkt versorgen, noch die während des Krieges verlorengegangenen Absatzmärkte wiedergewinnen. Die Anschaffung der Rohstoffe ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarkt während der Kriegsjahre mannigfache Verschiebungen vollzogen haben. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen Stapelplätzen bedeutende Rohstoffmengen angehäuft, und soweit solche Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in fremden Händen. Vornehmlich hat England einen großen Teil der wichtigsten Rohstoffvorräte in seinen Kolonien aufgekauft und aufstapeln lassen. Demnach ist nach Friedensschluß mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preistreibern und Spekulationen sogenannter Sändlerringe zu

rechnen, denen nur durch organisierten Einkauf begegnet werden kann.

Ähnlich steht es mit der Lebensmitteleinfuhr nach dem Kriege. Auch im neutralen Auslande hat der Weltkrieg die Preise vieler Lebensmittel stark in die Höhe getrieben; eine Massenausfuhr aus den neutralen Staaten würde daher, falls sie nicht von den betreffenden Regierungen verboten würde, weitere Preissteigerungen und, soweit Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, also eine noch größere Verminderung der Kaufkraft unseres Geldes nach sich ziehen.

Zugleich gilt es, den jetzigen Tiefstand der deutschen Valuta durch Förderung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Kriege sehr begehrt sein werden und die Deutschland im Ueberfluß zu erzeugen vermag, möglichst bald zu beseitigen. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht. Zwar wird sich, sobald Deutschland nach dem Kriege wieder auf breiterer Basis mit dem Auslande in Handelsbeziehungen treten kann und sein Wechselkurs nicht mehr bloß an einigen nebensächlichen Devisen, sondern wieder an den Weltdevisen gemessen wird, von selbst eine allmähliche Gesundung einstellen; aber ihr kann und muß durch eine geschickte Regulierung der Zahlungsbilanz nachgeholfen werden.

Eine der ersten Vorbedingungen für solche Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftskörpers ist die ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, die nach dem Kriege einsetzen wird, erfordert auch einen größeren Schiffsraum. Tatsächlich wird aber nach dem Kriege die Welthandelsflotte viel weniger leistungsfähig sein als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Handelsmarine, die im Kriege über zwei Millionen Bruttotonnen verloren hat, während über 1 Million Tonnen in fremden Häfen Unterchlupf gefunden haben, die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Fahrt eingestellt werden können.

An Arbeitskräften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Fahne Einberufenen wieder in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Weit eher ist, da sich zunächst die Industrie erst wieder den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß, und es vorerst noch an Rohstoffen fehlen wird, eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Lohnrückerei und in manchen jetzt brachliegenden Industrie- und Gewerbegebieten eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten — ein Zustand, der um so trauriger für die Arbeiter-schaft sein würde, als voraussichtlich ohnehin die Löhne jähneler fallen werden als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daber muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig durchgeführt werden.

Aus dieser Notwendigkeit einer allmählichen organisierten Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die zukünftige Friedenswirtschaft ergeben sich für die sozialdemokratische Arbeiter-schaft folgende, in meinem Parteitagreferat näher erläuterte und begründete

Forderungen:

1. Planmäßiger Einkauf, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch sachkundige Rohstoffeinkaufs- und Vertriebsgesellschaften unter staatlicher Aufsicht. Festsetzung von Einfuhrgrößpreisen und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff verarbeitenden Fabriken.

2. Ebenio muß die Einfuhr der Nahrungsmittel, der Futtermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht stehenden kaufmännischen Einkaufs- und Vertriebsorganisationen übertragen werden. Die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel muß vorläufig unter Festsetzung von Höchstpreisen bestehen bleiben. Die Einfuhr von Delikatessen und entbehrlichen teuren Genussmitteln sowie von industriellen Luxusartikeln ist weiterhin aufs äußerste zu beschränken.

3. Zur Hebung der deutschen Valuta ist nach dem Kriege die Ausfuhr von deutschen Fabrikaten möglichst zu steigern. Außerdem müssen die deutschen Guthaben im Auslande flüchtig gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Auslande abgestoßen und, soweit das zu einigermaßen guten Bedingungen möglich sein sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankplätzen aufgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die dem Staat eine Mitber-sichtigung über Schiffsraum, Ladung und Fahrtrichtung sichern und dem wirtschaftlichen Volksinteresse genügende Garantien bieten, den Reedereien aus Reichsmitteln Entschädigungen zu zahlen und Schiffsbaudarlehen vorzustrecken.

Am besten wäre die Vereinigung aller großen Schiff-fahrtsunternehmen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Falle nicht nur übertriebene Frachtfestsetzungen hemmend entgegenzuwirken, sondern auch eine gewisse Gewinnbeteiligung des Staates durchzuführen vermöchte.

5. Die zur Fahne einberufenen Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch örtliche und provin-ziale, unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschafts- oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer- als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wieviele Arbeitskräfte in den einzelnen industriellen Bezirken gebraucht werden. Diese Ämter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbehörden über die Entlassungen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Privatbetrieben kein Unterkommen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen angemessenen Staats- und Gemeindearbeiten zu beschäftigen.

6. Die deutsche Arbeiterschaft fordert, sowohl im Beirat des Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft, als auch in den staatlichen Leitungs- und Aufsichtszentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur insoweit, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern was die ganze organisatorische Wiederumschaltung des Wirtschaftsgetriebes angeht.

Ferner darf die Durchführung der Uebergangswirtschaft nach dem Aufhören der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsvollmachten nicht dem Gutdünken des Bundesrats und der Militärdiktatur überlassen bleiben; es müssen vielmehr für sie gesetzliche Unterlagen geschaffen, d. h. gesetzlich bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verhaltungs-vorschriften festgelegt werden.

Monopol-, Handels- und Zollfragen.

It auch die planmäßige Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringendste Problem unserer Wirtschaftspolitik, so ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Wirtschaftslage noch verschiedene andere schwierige Aufgaben; denn während einer-seits viele Industriezweige während des Krieges eine bedeutende technische Umwälzung erfahren und eine Schulung in der modernen Massenfabrikation durchgemacht haben, haben andererseits die Konzentrations- und Kartellierungs-betrebungen neue Anstöße erhalten. Und mächtiger noch als in der Industrie wird sich voraussichtlich die Konzentrations- und Monopolisierungstendenz im deutschen Bankgewerbe erweisen, sobald nach dem Kriege das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Bankgewerbe stellen.

Zudem erfährt der Außenhandel eine starke Umgestal-tung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren. Sie zurückzugewinnen, wird vielfach sehr schwer halten, da inzwischen die ausländische Konkurrenz sich dort festgesetzt hat. Ueberdies kann es heute bereits als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielleicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, mögen auch in die Friedensvereinbarungen allerlei schöne Handels-zusicherungen Aufnahme finden. In England ist die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation“, die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien, zu einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zustande kommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich ver-schiedene weitere

Forderungen

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wich-tigsten zu nennen sind:

1. Ueberführung der privaten Industriemonopole in Staatsmonopole, vornehmlich des gesamten Bergbaues, der Kohlen- und Rohstoffproduktion sowie der Rüstungs-industrie.

2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken. Errichtung von staatlichen Bankkommissariaten. Weiterer Ausbau der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgetriebe.

3. Abschließung von Handels- und Zollverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollvorteile zusichern.

4. Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien beim Friedensschluß, die diese beiden Mächte dem mitteleuropäischen Wirtschaftskomplex angliedern.

5. Als Vorbedingung für die Herstellung solcher Handels-beziehungen eine Aenderung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Abperrung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle beseitigt, zumal ohnehin der Preisstand vieler Bodenerzeugnisse sich noch Jahre hindurch auf einer außergewöhnlichen Höhe halten wird.

An Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es demnach in der kommenden neuen Wirtschaftsära nicht fehlen. Aber ohne

Rampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie muß heraus aus ihrer nur zu oft fast rein negativen Beharrung...

Faserstoffe und die deutschen Kolonien.

Gesamteinfuhr in Deutschland 1913: 166 Millionen Mark.

Zur Herstellung von Kadeln, Seilen, Tauern, Netzen, Bindgarben, Bindfaden, Säden, Scheuer- und Wischtüchern braucht Deutschland große Mengen von Faserstoffen...

Was wir künftig aber ebenso dringend wie vor dem Kriege brauchen werden, sind Hanffasern aller Art, unser europäischer Hanf und die tropische Hanf...

Unsere deutsche Hanferzeugung war vor dem Kriege dauernd zurückgegangen, und ob wir die 48 651 Tonnen betragende Einfuhr (1913), die hauptsächlich aus Italien und Russland kam...

Wir besitzen aber in Deutsch-Ostafrika eine Kolonie, die sich in ganz hervorragender Weise für den Hanfbau eignet. Es war die Kultur der Sisalagave...

Im Jahre 1900 bildete sich die Deutsche Agabengesellschaft; sie konnte bereits 1905 trotz reichlicher Abschreibungen 7 Proz. Dividende verteilen.

Der Entwicklung unserer ostafrikanischen Sisalkultur kam zustatten, daß sich die Philippinen damals in hellem Aufstade befanden und der Bananenhanf aus Manila...

Auch in Togo und Kamerun sind vielversprechende Anfänge der Sisalagavenkultur zu verzeichnen.

Die Erfolge der ersten Sisalplantagen ermunterten zu jähmeller Nachahmung; vor Ausbruch des Krieges waren bereits 24 751 Hektar in Ostafrika mit Sisalagaven bestellt...

Als nämlich der Anbau der Sisalagave in Deutsch-Ostafrika sich als voller Erfolg herausstellte, da kamen die Ueberänglichkeiten und prophezeiten bei einer Steigerung der Anbaufläche Ueberproduktion und jähmellen Preissturz...

Der Sisalbau in Deutsch-Ostafrika hatte unsere Maschinenindustrie vor eine neue dankbare Aufgabe gestellt. Anfangs waren unsere Plantagen gänzlich auf die Verwendung englischer und amerikanischer Maschinen zur Entfaserung...

Im Jahre 1913 führte Deutsch-Ostafrika 20 834 Tonnen Sisal- und Sisalabfallhanf aus; das bedeutete eine Einnahme von etwa 500 000 Mk. für deutsche Pfläner, Seelente, Hafen- und Arbeiter.

In Ostafrika ist heute beinahe die gesamte angebaute Fläche, das sind 24 750 Hektar Sisalagaven, schnittreif; sie liefern nach dem Kriege sofort für 20 Millionen Mark Hanf...

Schwere Anklagen gegen die Hüter des Arbeiterschutzes.

Der Reichskanzler hat ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gelangen lassen, in dem er für besseren Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eintritt. Das Schreiben ist in seinem ersten Teile eine einzige große Anklage über die ungenügend eingehaltenen Arbeiterschutzbestimmungen...

Das Rundschreiben ist die Folge eingehender Beratungen des Reichstagsausschusses für Bevölkerungspolitik im verfloffenen Frühjahr. Wie vorauszuhehen war, ist so gut wie nichts dabei herausgekommen. Denn das ganze Rundschreiben des Reichskanzlers, das an sich zwar eine schwere Anklage gegen die Behörden enthält...

Schmachvolle Sklaverei.

Wir leben zwar in Deutschland und nicht in einem afrikanischen Wüstenlande, wo man es mitunter mit der persönlichen Freiheit der Menschen nicht genau nimmt.

Der Buchhalter Gräbner verlangte von dem Chemnitzer Bankverein, Filiale Limbach, vor dem Chemnitzer Schlichtungsausschuß den Abfchreiben, weil er bei der Dresdner Bank in Chemnitz ab 1. Oktober in Stellung treten will mit einem Monatsgehalt von 185 Mk., während ihm in Limbach nur 150 Mk. bisher gezahlt wurden.

berein sein Einverständnis dazu geben würde. Das lehne jedoch der Chemnitzer Bankverein ab. Ein Beisitzer der Arbeitgeber mußte auf Befragen des Vorsitzenden zugeben, daß zwar kein Vertrag existiere, daß es aber im Bankgewerbe als stillschweigendes Einverständnis gelte...

Hier hat man wieder einmal ein fest organisiertes System, das den Kapitalisten erlaubt, einen Angestellten wirtschaftlich total zu vernichten. Auf Gnade und Ungnade ist der Angestellte seinem Unternehmer ausgeliefert.

Ist das nicht die nackte Sklaverei? Oder was ist sonst?

Mit den sogenannten Stiefkinderproletariern und -proletarierinnen geht das Kapital ja überhaupt in unerhörtester Rücksichtsloser Weise um. Bei der geringsten Forderung, die nicht der Laune des Herrn Chefs gefällt, riskiert der Angestellte, auf die Straße zu fliegen.

„Daß die Klägerin ihren Mann unmittelbar vor der Operation verlassen sollte, kann von ihr nicht verlangt werden; vielmehr ist es verständlich und zum mindesten entschuldigbar, wenn sie den Wunsch hatte, ihrem Manne in der schweren Stunde der Operation nahe zu sein und ihm ihre Hilfe, soweit es in ihren Kräften stand, zuteil werden zu lassen.“

Ein kurioser Professor.

Es ist manchmal verwunderlich, mit wie wenig Logik gelehrte Leute vor die Öffentlichkeit treten. In einer Nummer der „Nein-Westf.“-Ztg. beschäftigt sich der Münchener Professor Dr. Surin in einem Artikel mit dem wirtschaftlichen Niedergang des deutschen Mittelstandes.

Du heiliger Strohhalm, du! Also: Wer jetzt wirklich hungert, wer jetzt jedem neuen Tage mit Sorgen und Sorgen entgegengeht, das sind nicht die vom Kriege benötigten Textilarbeiter...

An die Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes!

Noch immer tobt der grausige Krieg und kein Ende ist abzusehen. Sollen die Frauen darum tatenlos beiseite stehen und alles über sich ergehen lassen, wie es das Schicksal will?

In den letzten Monaten sind viele Tausende durch die Not der Zeit ausgerüstet worden. Sie haben ihre Gleichgültigkeit und Zaghaftigkeit überwunden und füllen nun wieder die Reihen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterchaft.

Stärker wie im Frieden wächst jetzt die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation in allen Kreisen. Dieser Erkenntnis muß die Tat folgen. Zu ihrer Aufklärung und politischen Fortbildung bedarf die Frau des werktätigen Volkes eines geistigen Bindungsgliedes, das ist die „Gleichheit“.

Die „Gleichheit“ tritt in schlichter, leicht verständlicher Sprache an die Frau heran. Sie berücksichtigt das Unterhaltungsbedürfnis der Frau und bringt Kindern und Freunden der Kinder Anregung, Unterhaltung und Belehrung.

jetzt den Arbeiterinnen so schwer gemacht wird durch ihre Tätigkeit in und außer dem Hause.

In den nächsten Wochen werden an allen Orten Versammlungen und Zusammenkünfte der Frauen stattfinden, um für die Frauenorganisation und die „Gleichheit“ Anhänger zu werben.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1916.

Die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaftskartelle haben ganz besonders unter der ungünstigen Einwirkung des langandauernden Kriegszustandes zu leiden. Diese Tatsache kommt in der Statistik über den Bestand und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, die von der Generalkommission in Nr. 35 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht wird, noch schärfer als im Vorjahr zum Ausdruck.

Die örtlichen Vereinigungen der Gewerkschaftskartelle haben ganz besonders unter der ungünstigen Einwirkung des langandauernden Kriegszustandes zu leiden. Diese Tatsache kommt in der Statistik über den Bestand und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1916, die von der Generalkommission in Nr. 35 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht wird, noch schärfer als im Vorjahr zum Ausdruck.

Eine für die Arbeiter sehr wertvolle Einrichtung bilden die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen der Kartelle. Der Kriegszustand hat ihren Wert noch erhöht und es war deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen trotz finanzieller Schwierigkeiten durchaus geboten.

Die agitatorische Tätigkeit der Kartelle ist während des Krieges fast völlig unterbunden. Es wurden 410 allgemeine und 262 berufliche Versammlungen abgehalten.

Die finanzielle Grundlage der Kartelle beruht in der Beitragsleistung der angeschlossenen Gewerkschaften, die in der Regel pro Jahr und Mitglied berechnet wird.

Angaben über die Massenverhältnisse machten von den 469 an der Berichterstattung beteiligten Kartellen nur 246. Diese hatten zusammen eine Gesamteinnahme von 1.084.282 Mark und eine Gesamtausgabe von 1.137.530 Mark.

und Jugendbildung) erforderten eine Ausgabe von zusammen 120.756 Mk. (139.251 Mk.). Die Verwaltungskosten betragen 147.789 Mk. (180.906 Mk.).

Die seit dem Jahre 1901 aufgenommenen Kartellstatistik weist, abgesehen von einigen unbedeutenden Schwankungen, eine ständig steigende Finanzkraft der Kartelle auf. Den höchsten Stand nimmt das Jahr 1913 mit einer Einnahme von 2.143.101 Mk. und einer Ausgabe von 2.145.049 Mk. ein.

Aus der Textilindustrie.

Auf dem Baumwollmarkt in New York ist eine neue gewaltige Preissteigerung zu verzeichnen. Ursachen waren: Ungünstige Wetterberichte, die feste Haltung der Lokomarkte und erneut auftauchende Friedensgerüchte.

Ueber die Förderung der deutschen Wollzucht wird geschrieben:

Weil man die deutsche Wolle nicht genügend schätzte, und es geheißen lieh, daß die deutsche Wollzucht durch ausländische Konkurrenz unlohntend gemacht wurde, kamen wir in den letzten zwei Jahrzehnten hinsichtlich der Deckung unseres Wollebedarfs in immer größere Abhängigkeit vom Ausland.

Der Brenneffelanbau soll in Sachsen noch mehr gefördert werden.

Die sächsischen Handelskammern haben beschlossen, durch einen gemeinsamen Aufruf das Interesse aller Beteiligten für den Anbau und die Bewertung der Nessel- faser zu steigern, da die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit für das Textilgewerbe ohne Zweifel sei.

gangswirtschaft überdauernde, — so überaus wichtige und im allgemein-vaterländischen Interesse liegende Angelegenheit handelt, daß sie der eifrigsten Unterstützung aller Firmen des Textilgewerbes wert ist.

Zur Bestandserhebung und Beschlagnahme von Seidengarn ist zu melden:

Die Kriegstrostoffabteilung hat durch eine neue vom 26. September datierte Bekanntmachung (W. S. 400/7 17) eine Bestandserhebung und Beschlagnahme von Seidengarnen angeordnet.

- 1. Alle Seidengarne, welche sich in erschwertem Zustande befinden.
2. Alle Seidengarne, welche mehr als 1000 Umdrehungen (Touren) auf den Meter haben.
3. Alle Seidengarne, welche nachweisbar nach dem 15. Juli 1917 aus dem neutralen Ausland (nicht Zollausland) eingeführt worden sind.

Gespinnste aus Papier- und Nessel Fasern wurden im Erfrischungsräum des Landtages in Dresden vorgeführt, die das größte Interesse der anwesenden Abgeordneten fanden.

Die Vorfürhungen erfolgten durch die Firmen Unger-Laura, Bedermer, Schöpfung und Sermisdorf-Chemnitz. Man hatte dabei Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß die vorgeführten Waren in hohem Grade als Ersatz für die fehlenden Baumwollgespinnte dienen können.

Was man schon aus Papiergespinnst herstellt, ist vielen Menschen noch unbekannt. Es werden hergestellt:

- Gandwuchstoffe aus Papiergewebe, roh und gebleicht.
Papiergewebe mit Kunstseide für Oberkleidung und als Futterstoff.
Wickelbinden. — Kanewasstoffe. — Wickelstoffe.
Stoffe für Arbeitergarderobe.
Blaue Arbeiteranzüge.
Blaue Arbeiterhütchen.
Blaudruck-Wirtschaftshütchen.
Papiergewebe zu Kofferbezügen.
Schwere Gewebe aus Papier als Ersatz für Zellspannung.
Ersatz für Segeltuch.
Stoffe aus Papiergewebe für Matratzenkissen.
Drell-Ersatzstoffe.
Sandwuchstoffe.
Schuheinwickelstoffe, farbig.
Wickel-Gamaschen aus Papiergewebe.
Weiß- und farbige Wäschebänder aus Papiergewebe.
Rouleaus-Kordel.
Niederband.
Sattelgurte und andere Gurte.
Hosenträgerbänder.
Vertige Strohhüte.
Gaufrierte Sargschirtings aus Papier.
Krepp-Papier als Ersatz für Gutzgaze.
Simon-Ersatz. — Rollbod.
Wattierleinen-Ersatz.

Glänzende Geschäfte mit Juteerzeugnissen hat die Braunschweigische Akt. Ges. für Jute- und Flachindustrie für das Geschäftsjahr 1916/17 erzielt.

Höhere Dividende wie im Vorjahre zahlt auch die Jute-spinnerei und Weberei in Hamburg-Parburg. Die Gesellschaft, die in der Hauptsache ihr von der Regierung zugewiesene Bastfasern in Verbindung mit Papier zu Textil verarbeitet, erzielte in 1916/17 einen Reingewinn von 526.445 Mk. (i. V. 459.930 Mk.), aus dem 8 Proz. (6 Proz.) Dividende verteilt und 280.024 Mk. (279.930 Mk.) vorgeordnet werden sollen.

Die Manufaktur Koechlin, Baumgartner u. Co. A.-G. in Böttingen schreibt auf Außenstände nicht weniger als

300 000 M. (0) ab. Danach verbleibt ein Gewinn von 204 008 Mark (446 720), der sich um den Vortrag von 320 609 M. (233 889) auf 524 617 M. (680 609) erhöht. Daraus werden auf 3,9 Millionen Mark Kapital wieder 12 Proz. Dividende verteilt und 164 617 M. vorgetragen.

☆ Eine abermalige Kapitalerhöhung, und zwar auf 5 Millionen Mark, erfolgt bei der Firma Textilwerke und Kunstweberei Claviez A.-G. in Adorf. Von den neuen Aktien übernimmt ein Konsortium unter Führung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig einen Betrag von 2 Millionen Mark zum Kurse von 130 Proz. Die mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1917 ab ausgestatteten Aktien werden den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum gleichen Kurse angeboten. Die weiteren 1 Million Mark Aktien, die Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1918 erhalten und erst allmählich eingezahlt werden, übernimmt die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt zum Kurse von 175 Proz., ohne daß für sie ein Bezugsrecht der Aktionäre in Frage kommt. Die Verwaltung hat sich bereits vergewissert, daß seitens der Reichsbank keine Bedenken gegen die geplante Erhöhung bestehen. Die Gesellschaft hat erst im Jahre 1916 eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 1 040 000 Mark beschlossen, von denen 960 000 Mark den Besitzern alter Aktien zu 110 Proz. zum Bezuge angeboten wurden. Die Dividende der Gesellschaft stellte sich in den letzten vier Jahren auf 0, 0, 10 und 30 Proz.

☆ Die Beitragserhöhungen im Verband nehmen zu. Unsere Mitgliedschaft in Meerane beschloß einstimmig, vom 1. Oktober 1917 ab die höheren Beitragsklassen zu zahlen. Es kommen demnach die 30-Pf.-Beitragsklasse für die weiblichen Mitglieder und die 40-Pf.-Beitragsklasse für die männlichen Mitglieder in Befall.

Im Beisein des Gauleiters haben in Meierbach die Vertrauensleute einstimmig beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung den Antrag zu unterbreiten und zu bekräftigen, daß als Mindest-Wochenbeitrag für weibliche Mitglieder 45 Pf. und für männliche Mitglieder 55 Pf. eingeführt wird.

Die Filiale Glauchau hat denselben Beschluß wie in Greiz und Nejschkau schon durchgeführt.

In der Filiale Langenberg sind es nur noch wenig weibliche Mitglieder, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen, welche in der niedrigsten Beitragsklasse steuern.

Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß für die Ortsgruppen unseres Verbandes im Gau Gera die Gauförderung in Böhmed im Frühjahr 1916 beschloß, daß bei Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband als Mindestbeitrag pro Woche zu erheben ist bei weiblichen Mitgliedern 40 Pf., bei männlichen Mitgliedern 50 Pf. Unter diesem Beitrag darf also niemand aufgenommen werden. Zweckmäßig ist es, daß sich alle Ortsgruppen diesem Beschluß anschließen.

☆ Ein empfehlenswertes Experiment hat unsere Ortsgruppe in Greiz gemacht. Um die Ueberleitung in höhere Beitragsklassen empfehlenswerter zu machen, gewährte sie für 26 Wochen aus der Lokalkasse einen Zuschuß zur Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung. Die Periode ist nun abgelaufen und es erweist sich, daß es eine verhältnismäßig kleine Summe ist, die dafür aufgewandt werden mußte. Der Zuschuß betrug zur Arbeitslosenunterstützung 169,60 M. und zur Sterbeunterstützung 10.— M., zusammen also 179,60 M.

Auch die Filialen Nejschkau, Glauchau und Meerane haben dieses Experiment gemacht. Sie haben den Uebertritt in höhere Beitragsklassen beschlossen, mit der Maßgabe, daß den Mitgliedern vorkommendenfalls bei Unterstützungen sofort die höheren Sätze gezahlt werden, daß die Zahlung der Differenz zwischen niedrigerem und höherem Satz aber für die 26 Wochen Karenzzeit aus der Lokalkasse erfolgt. Wie man an dem Ergebnis aus Greiz ersieht, ist das ein durchaus empfehlenswertes Experiment. Es empfiehlt sich, überall auf diese Weise jetzt den Uebertritt in die Wege zu leiten.

☆ Ein alter bekannter Kollege, der sich um die Besserstellung der Textilarbeiter schon sehr verdient gemacht hat, schreibt über seine Eindrücke, die er beim ersten Betreten der Tuchstädte Crimmitzschau und Gera gewann, einige Erinnerungen, die nicht uninteressant sind.

„Als ich“, so schreibt er, „anfangs der 80er Jahre nach Crimmitzschau kam, wollte es mir dort gar nicht gefallen. Das schwarze Fabrikneß! Die vielen qualmenden Essen! Eine Fabrik an Aussehen schwarzer als die andere! Keine einheitliche Arbeitszeit in den Fabriken; daher früh, mittags und abends ein etwa eine Stunde lang währendes „Konzert“ der losgelassenen Fabrikpfeifen. Jede Fabrikpfeife war etwas anders im Ton gestimmt, damit die Arbeiter und Arbeiterinnen den für sie geltenden Ruf herausgehören und nicht zu spät kommen konnten. War das ein Gerenne auf Arbeit! Ein sehr verbreitetes Sprichwort lautete damals: „Durch Crimmitzschau fließt die Pleiße“

..... Ruß und

Besonders aus Spinnereien brachten heimgehende Arbeitskräfte einen „Duft“ mit, der die Atmosphäre in den Buden einigermaßen erarten ließ. Was mag man damals für stinkende Dole und Fette zur Vorbereitung der Wollfasern für den Spinnprozess verarbeitet haben?

Und in die Webereibetriebe wurden aus Privathäusern und besonders aus Gastwirtschaften volle fogenannte „Segfässer“ gegen Bezahlung — das Fässel 25 Pf. — gebracht; den Inhalt benötigte man für die Appretur der gefertigten Webstücke (Tuch, Buckskin).

Fast so dreckig und schmierig die Außenseite der Fabrikgebäude, so kamen auch die Arbeitskräfte am Arbeitsabluß aus der Fabrik. Der heimkehrende Färbereiarbeiter verriet mit der an Händen und Gesicht eingedrungenen Farbe, welche Modifikation in Farbe von der Kundschafft begehrt wurde. Vielleicht hätten uns die Wollreste an dem langen Haar der Arbeiterinnen auch die Zutaten zum Gewebestück verraten, aber fast alle Arbeiterinnen ordneten verflochten, oder im steten Kampfe gegen die „Vorgefetzten“, vor Schluß der Arbeitszeit ihre Frisur.

Mitte der 80er Jahre siedelte ich nach Gera über. Da gefiel es mir schon besser. Nur einzelne wenige Fabriken

waren Hochbauten. Mehr als ¾ der Betriebe war Schiedbau. Süßlich freundlich von außen und drinnen möglichst Sauberkeit. Garderobe- und Speiseräume. Dieser Delgestank wie in Crimmitzschau war hier unbekannt. Und der „Mühlgraben“ sank nur, wenn er geschlemt wurde.

Warum ich alte Bilder in Erinnerung bringe? Nun, weil mir in Crimmitzschau besonders auffiel, daß dort an dem Außenansehen der Betriebe eine „Neuorientierung“ stattgefunden hat. Man kennt die alten „schwarzen Kästen“ von Textilduden gar nicht wieder. Alles schon neuwaschen, fein abgeputzt! Die ganze Stadt macht dadurch einen viel freundlicheren Eindruck. Und auch die Pleiße will nicht mehr vom Dichterling „Keim dich oder ich freß dich“ behandelt werden.

Dieselbe günstige Stadtercheinung gibt auch Werdau. Nur das Gedudel der Fabrikpfeifen geht dort noch in der alten Teier. Es muß ein wahrer Hochgenuß für den Unternehmer sein, wenn seine Fabrikpfeife möglichst alle anderen überlönt, als sollte sie damit der Welt kundtun, daß hier „Geld verdient“ wird.

Leider habe ich keine Gelegenheit, die Innenseite der jetzigen Textilduden kennen zu lernen. Ist das auch in den Zutaten zum Arbeitsmaterial eine Verfeinerung zu verzeichnen? Oder hat der Zwang zur Sparlichkeit in der Verwendungsung dazu beigetragen, daß die ehemaligen Stinkkästen als solche nicht mehr angesprochen werden dürfen?

Bei der jetzigen Delfknappheit wird man wohl mit Sicherheit annehmen können, daß der Arbeitsprozess in den Abteilungen, wo Seifen und Öle verwendet werden müssen, kein angenehmer sein wird. Vielleicht kann man auch darüber einmal etwas Zutreffendes erfahren.

Berichte aus Fachkreisen.

Nachen. Am 30. September 1916, nachdem tags vorher, auf Veranlassung der beiden Textilarbeiterorganisationen, die in Nachen ansässigen holländischen und luxemburgischen Textilarbeiter zu einer Versammlung zusammen gekommen waren, wandten sich letztere mit je einer Eingabe an die holländische und luxemburgische Staatsregierung mit dem Ersuchen um Hilfe und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Mit der luxemburgischen Staatsregierung kamen wir bald ins Reine. Die in Nachen ansässigen luxemburgischen Bekamen bei Arbeitslosigkeit fortan wieder dieselbe Unterstützung, wie sie in Nachen üblich ist. Luxemburg verrechnet von Zeit zu Zeit mit der Stadt. Anders liefen die Dinge mit Holland. Da wollte die Sache nicht in Fluß kommen. Für die in Nachen ansässigen Textilarbeiter holländischer Nationalität war dies von großem Schaden. Wir haben seitens der Organisation nichts unberührt gelassen. Zuletzt — am 10. Juli ds. Js. — wandten wir uns mit einem geharnischten Schreiben an die holländische Staatsregierung und führten ihr nochmals die Not und das Elend ihrer Staatsangehörigen in Nachen vor Augen. Der Zufall will es, daß ein volles rundes Jahr verstreichen mußte, ehe den Reuten geholfen wurde. Am 29. September 1916 hatten die Organisationen die beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Versammlung zusammen geladen. Tags darauf ging schon die Eingabe an die holländische Staatsregierung in den Haag ab, am 29. September d. J. wurde die erste Unterstützung gezahlt.

Guben. (Abschluß der Lohnbewegung in Guben.) Lohnendifferenzen, die hier vorhanden waren, wurden in mehreren Verhandlungen resp. Aussprachen der örtlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie zu Guben und der Filialleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 27. September beseitigt. Die am 10. und 11. Mai vor dem Kriegsamt vereinbarte Lohnregelung für das Niederlausitzer Wirtschaftsgebiet lehnte die hiesige Textilarbeiterchaft in einer von circa 1000 Personen besuchten öffentlichen Textilarbeiterversammlung als unzureichend ab. Durch das Wirken der Arbeiterauschüsse und Eintreten der Organisation wurden partielle Lohnerhöhungen bald in der einen, bald in der anderen Abteilung der einzelnen Betriebe erreicht. Wenn in der Maiberhandlung die Löhne um 7 bzw. 9 Pf. pro Stunde erhöht wurden, erreichten sie durch dies Geplänkel eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne bis zu 6 Pfennig. Dieses planlose Entgegenkommen der Unternehmer war jedoch keinesfalls geeignet, die vorhandene Erregung in der Textilarbeiterchaft zu beseitigen. Die bedeutend erhöhten Kartoffel-, Gemüse- und Brotpreise zwangen daher zu schärferem Vorgehen. Die Arbeiterchaft der Firma Reizner, Wohl & Co. reichte deshalb am 15. August die Kündigung ein und mußte leider, da keine Einigung erzielt wurde, am 22. August in den Ausstand treten. Durch Eingreifen des Kriegsamts wurde dieser am 27. August beendet. Es fanden nunmehr Verhandlungen am 30. August und 1. September vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß statt, in welchen die Lohnfrage so geregelt wurde, daß die Belegschaft zustimmen konnte. Es wurden die Löhne der weiblichen Beschäftigten teilweise bis 40 Pf. pro Stunde und die der männlichen teilweise bis 58 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Affordlöhne wurden ebenfalls entsprechend erhöht, was eine Lohnerhöhung von 5 bis 35 Prozent ausmacht. Die Arbeiterchaft der Firma B. Wolf konnte durch mehrmaliges Verhandeln ihres Ausschusses nicht das erreichen, was nunmehr billigerweise gezahlt werden konnte, sie reichte daher ebenfalls die Kündigung ein. Dasselbe war die Arbeiterchaft der Firma F. W. Schmidt bereit zu tun. Den oben genannten Organisationsleiter wurde in einer Aussprache am 28. August, in welcher der Leiter des Kriegsamtens den Vorsitz führte, an der auch der neue Vorsitzende des Schlichtungsausschusses und der Vorsitzende der Niederlausitzer Fabrikantenvereinigung, Herr Kommerzienrat C. Phraim, teilnahm, zur Pflicht gemacht, die noch bestehenden Differenzen ohne Arbeitsniederlegung zu beseitigen. Es fanden nunmehr erstmalig Aussprachen, an welchen die Vertreter beider Organisationsgruppen teilnahmen, statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen in beiden Fällen wurde eine weitere Lohnzulage für die Weber von 1 Pfennig pro 1000 Schuß erreicht, sodas jetzt in allen Betrieben 16 1/2 Pfennig gezahlt werden. Für die Stundenarbeiter beiderlei Geschlechts wurde noch eine Zulage bis zu 7 Pf. pro Stunde erreicht. Die in diesen Verhandlungen festgelegten Löhne gelten nunmehr als Grundlöhne und betragen jetzt für die Walker, Krenpler und Wolfer 45 bis 50 Pfennig und für die Färbereiarbeiter 42 bis 45 Pf. pro Stunde. Für Appreturarbeiterinnen beträgt der Grundlohn 34 Pfennig, für Wolfer und Krenplerinnen 37 Pfennig, für Walkerinnen 38 Pfennig und für Spinnerinnen bis 37 Pfennig pro Stunde. Alle nicht genannten Abteilungen und Affordarbeiten haben eine entsprechende Erhöhung erfahren. Diese mit der Organisationsleitung vereinbarten Löhne wurden nach vielen Widersprüchen schließlich von der Kollegenchaft angenommen, und damit ein circa 5 Monate währender Kampf zum Abschluß gebracht. In den Betrieben, wo genannte Löhne noch nicht bestanden, werden diese von der ersten Oktoberwoche an gezahlt werden. Wenn die Arbeiterchaft das gesteckte Ziel noch nicht voll erreichen konnte, ist zu bedenken, daß noch ein Teil Urganisierter hemmend im Wege stand, trotzdem wurde eine beachtliche Erhöhung der Löhne erreicht. Ferner wurde noch zwischen beiden Organisationsgruppen durch gegenseitige Unterschrift vereinbart, daß in Zukunft Lohnregelungen nur von Organisation zu Organisation getroffen werden.

Reichenbach i. S. In der außerordentlichen Hauptversammlung unserer Filiale am 8. Oktober wurde, nach einem einleitenden Referat des Gauleiters H. Bretschneider, der einstimmige Beschluß

gefaßt, vom 1. November ab die untersten Beitragsklassen für männliche Mitglieder (45 Pf.) und für weibliche Mitglieder (35 Pf.) auszuwählen. Der Beschluß konnte um so leichter gefaßt werden, als bereits über 70 Proz. aller Mitglieder unserer Filiale in höheren Klassen steuern. Auch Kollege Hausold wies im 2. Punkt „Quartalsabrechnung“ darauf hin, daß es selbstverständlich sei, höhere Beiträge als notwendig zu erachten, da ja auch alle sachlichen Ausgaben, als Druckfachen, Papier, Farbe, Heizmaterial usw. ebenfalls erheblich höher geworden sind wie die Bedürfnisse jedes anderen Privatgewerkschafts und Einzelhaushalts eben auch. Die 60-Pf.-Klasse weise allerdings einen bedauerlichen Rückgang auf, indem Abgänge nicht durch Uebertritt in die 60er Klasse ersetzt würden, abgleich das zu erwarten wäre. — Im übrigen wurde dem Kassierer, auf Antrag der Revisoren, Entlastung erteilt. — Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde erwähnt, daß eine Anregung der Behörden laut geworden sei, die volle Arbeitswoche wieder einzuführen, wogegen man sich aus verschiedenen Gründen wenden müsse. Und der Sonnabendnachmittag müsse schon dem weitaus größten Teile aller Beschäftigten, den weiblichen Arbeitskräften, für ihre häuslichen Arbeiten reserviert bleiben, während fast alle — also auch zum Teil die männlichen Beschäftigten zu dem Zusammentragen der rationierten Lebensmittel oder zu anderen notwendigen Privatverrichtungen am Sonnabendnachmittag Zeit haben müssen. — Zwecks Vesserung der Versorgung mit Lebensmitteln im Bezirk Klauen- und Land soll das Gewerkschaftsamt Reichenbach ersucht werden, geeignete Schritte zu unternehmen. — Zum Schluß gab Geschäftsführer Hausold noch bekannt, daß auf die Beschwerde der Arbeitnehmer im Kommunalverband wegen ungenügender Festsetzung von Mindestlöhnen in hiesigen Textildbetrieben und ungeeigneter Zusammenfügung jener Instanz zu diesem Zweck von Dresden noch keine Antwort eingegangen sei. Das Schreiben sei bereits am 20. Juli ds. Js. abgegangen.

Sagan. Neulich fand in Weils Saal eine gut besuchte Textilarbeiter-Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauleiter D. Fritsch (Vizepräsident) einen lehrreichen Vortrag über die teuren Lebensmittel und Bedarfsartikel und die Ergebnisse der Lohnbewegungen hielt. Was bis jetzt durch die Organisation mehr an Lohn errungen worden ist, reicht bei weitem nicht aus, um einigermaßen Schritt zu halten mit den jetzigen Preisen. Es steht fest, daß die meisten Bedarfsartikel jetzt 200 Prozent teurer sind als in Friedenszeiten. Die Lohnsteigerungen betragen aber nur circa 40 Prozent. Hauptächlich würde von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Fabrik Saganer Wollspinnerei und Weberei Klage geführt, daß dort in einigen Abteilungen noch niedrige Löhne vorhanden sind. Der Redner betonte, daß die Arbeiter selbst die Schuld daran tragen, weil sie der Organisation noch fernstehen. In der Diskussion wurde auch die Notwendigkeit einer Lokalkasse besprochen. Diese Kasse soll dazu dienen, in außergewöhnlichen Fällen Unterstützungen an die Mitglieder zahlen zu können. In anderen Orten haben sich diese Kassen sehr gut bewährt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und zwar sollen vom 1. Oktober d. J. ab jede Woche pro Mitglied 5 Pf. erhoben werden. Unter „Verschiedenes“ wurde der Wunsch geäußert, den Ausschussmitgliedern, welche sich viel Zeit verschaffen müssen, eine Entschädigung für den Arbeitsverlust zu gewähren. Diese Anregung wurde einstimmig anerkannt. Bedauert wurde, daß bei ungefähr 21 M. Wochenlohn es nicht möglich sei, die teuren Lebensmittel, z. B. Butter das Pfund zu 7 Mark, zu kaufen, die es in den Fabriken ohne Marken zu kaufen gibt. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden lobend anerkannt, daß eine Kollegin in einer Woche 72 neue Mitglieder aufgenommen hat.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 1. Heft vom 1. Band des 36. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Neuer Jahrgang — neuer Lebensabschnitt. — Zum Würzburger Parteitag. Von Heinrich Schulz. — Stockholm. Von Hermann Müller. (Reichenbach). — Ökonomie und Taktik. Von August Winnig. — Aus der internationalen sozialistischen Bewegung. — Veröhnung. — Literarische Rundschau: Wilhelm Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1868 bis 1909. — Dr. R. Franz, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913. — Dr. Gustav Braun, Mitteleuropa und seine Grenzmarken. — Professo. Dr. G. Hertner, Die Zukunft des deutschen Außenhandels. — Notizen: Die Entwicklung des amerikanischen Handels. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 14. Oktober, ist der
41. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 4. Duisburg. K.
Frau J. Schiller, Kolonie-
straße 123 I.
Gau 8. Moschwitz. Ist
mit Greiz verschmolzen.
Gau 12. Freiburg
i. Schl. V: A. Lindner, Wal-
denburger Straße 3.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Warmen. Richard Cramer, Rie-
mendreher, 42 J., Lungenent-
zündung. Johann Lind, Färber,
50 J., Rippenfellentzündung.
Verlin. Friedrich Reiber, Schiff-
chensticker, 52 J., Kehlkopf-
und Lungenentzündung.
Elberfeld. Peter Hüßing, Fär-
ber, 51 J., Wasserjucht. Chri-
stian Bartsch, S.-Bandwicker,
65 J., Herzschwäche und
Wasserjucht.
Greiz. Paul Blei, Gasanstalts-
arbeiter, Kutschau, 34 J.,
Weinleiden. Hermann Klein,
Weber, Aubaachthal, 64 J.,
Darmlleiden.
Landeshut. Anna Heimlich,
Weberin, 41 J., Operationsf.

Marktredwitz. Wilhelm Böh-
mann, Dörflas, 54 J., Lun-
genentzündung.
Südgingen. Emil Meißl, Weber,
Lungenleiden.
Stuttgart. Berta Klöpfer, We-
berin, 28 J., Lungenleiden.

Im Felde gefallene oder in-
folge des Krieges gestorbene
Mitglieder.

Warmen. Wilhelm Vorberg,
Gummibandwicker, 23 J., Emil
Steinberg, Tuchweber, Dah-
lerau, 40 J., Arthur Lochhaas,
Wäschebandwicker, 23 J., Wal-
ter Schneider, Gummiband-
wicker, 39 J.
Chemnitz. Hermann Vogel,
Tüllweber, 36 J.
Elberfeld. August Hertzenrath,
Färber, 37 J., Paul Leh, Fa-
brilarbeiter, 31 J.
Greiz. Karl Kretschmar, Weber,
29 J.
Krefeld. Ernst Timmers, Fär-
ber, 33 J.
Leipzig. Ernst Schilling, Spitzen-
weber.
Marktredwitz. Christian Görl,
Dörflas, 29 J., Fritz Meier,
27 J., Kaspar Schelbert
(langj. Kass.).
Maulburg. Frau Robert Kiefer,
Weberin, Halsleiden.
Südgingen. Peter Hilfenberger,
Emil Koll.
Schoßdorf. Julius Jhmig, 37 J.,
Zwischen. Bruno Fleischer, We-
ber, 42 J.
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 13. Oktober.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit G versehenen Artikel
Hermann Krüger, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Vormwärts
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Einlad: in Berlin

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.